

Antrag

Hannover, den 15.03.2022

Fraktion der FDP

Nahrungsmittelerzeugung optimieren- Gewässerqualität schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die niedersächsische Landwirtschaft hat sich der Aufgabe, Nitrateinträge ins Grundwasser zu reduzieren, in hervorragender Weise gestellt. Der Einsatz stickstoffhaltiger Mineraldünger ist auf 63 % des Niveaus von 2017 gefallen. Diese Düngung hat etwa das Niveau aus den 60er-Jahren erreicht. Während die Erträge beim Weizen im Jahr 2020 bei 78,3 dt lagen, waren sie damals nicht einmal halb so hoch. Bei einer weiteren Reduktion der Düngung ist deshalb mit deutlichen Ertrags- einbußen zu rechnen. Diese Leistung beruht zum einen auf dem technischen Fortschritt, angepassten Regelungen und Maßnahmen, aber insbesondere auf einem effizienteren Einsatz von Düngemitteln. Allein innerhalb der letzten fünf Jahre hat die niedersächsische Landwirtschaft den Stickstoff-Mineraldüngereinsatz um 37 % reduziert. Dadurch werden mögliche Austräge in das Grundwasser minimiert. Eine Mangelernährung der Pflanzen würde zu großen Ertrags- und Qualitätseinbußen führen. Trotz ihrer Leistungen und ihres Expertenwissens müssen die Landwirte ihre Feldfrüchte in weiten Teilen Niedersachsens 20 % unter Bedarf düngen.

Obwohl die Landesregierung mehrfach öffentlichkeitswirksam eine stärkere Berücksichtigung des Verursacherprinzips angekündigt hat, wurde diese Bewertung bei der Ausweisung der „Roten Gebiete“ nicht umgesetzt, sondern laut Wissenschaftlern „das ziemliche Gegenteil dieses Versprechens“. Die Ausweisung vieler neuer „Roter Gebiete“ bei der letzten Überarbeitung habe „in den meisten Fällen wenig mit hohen Nitratwerten der über 1 000 Messstellen im Lande zu tun“, sondern sei das Ergebnis einer Modellierung, die aber nicht in der Lage sei, lokale Verhältnisse abzubilden, so wie es gefordert sei. „Nur ein ausreichend genaues Modellierungsverfahren kann Grundlage einer so starken Einschränkung der Nutzungs- und Eigentumsrechte der Landwirte sein“, fordert auch die Wissenschaft. Einheitlichkeit und Verursachergerechtigkeit sind bei der Ausweisung der roten Gebiete weiterhin Fehlanzeige. Eine betriebsindividuelle Berücksichtigung der Gegebenheiten findet nicht statt. Nach wie vor ist das deutsche Nitratmessstellennetz nicht repräsentativ und mit denen anderer EU-Mitgliedsstaaten nicht vergleichbar. Dennoch werden die Ergebnisse auf EU-Ebene verglichen, und Deutschland wird für eine schlechte Grundwasserqualität verurteilt.

Der Angriffskrieg der russischen Föderation auf das gesamte Staatsgebiet der Ukraine, der seit dem 24. Februar die Welt erschüttert, stellt eine Zeitenwende dar und führt uns vor Augen, wie anfällig unsere Weltmärkte sind, sobald ein Global Player ausfällt. Denn nichts anderes sind sowohl Russland als auch die Ukraine - weltweit agierende wichtige Exportländer. Zur nächsten Ernte droht ein gefährliches Szenario, wenn sowohl die Ukraine als auch Russland als wichtige Exporteure wegfallen. Als Hauptdestinationen der Exporte werden die Türkei und die Maghreb-Staaten genannt, die zwingend auf die exportierten Güter angewiesen sind. Hinzu kommt eine sehr angespannte Situation auf dem Düngemarkt. Die Invasion Russlands in der Ukraine treibt die Preise für Düngemittel extrem nach oben, was dazu führt, dass die Landwirtschaft im laufenden Jahr schlechter mit stickstoffhaltigen Düngemitteln versorgt ist als je zuvor.

Dies bedeutet, dass der Krieg weitere Opfer in den ärmeren Ländern nach sich ziehen kann, wenn die Nahrungsmittelproduktion in der Welt deutlich abnimmt. Hinzu kommt, dass weltweit auch stets mit Missernten gerechnet werden muss, wie 2021 in Kanada, als die ansässigen Landwirte die schlechteste Getreideernte seit 14 Jahren eingefahren haben. Diese Faktoren potenzieren sich gegenseitig und wirbeln den Weltmarkt extrem durcheinander.

Bei einer weltweit derart angespannten Versorgungslage in einem Land wie Deutschland und insbesondere in Niedersachsen mit seinen hervorragenden Produktionsbedingungen über eine Unterdüngung der Böden und Pflanzen nachzudenken, ist nicht tragbar und auch nicht erklärbar.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. den Grundsatz einer individuellen bedarfs- und standortgerechten Nährstoffversorgung in Bezug auf die landwirtschaftlichen Kulturen zukünftig wieder zum Maßstab der Düngung zu machen, um mit der Pflanzenproduktion wettbewerbsfähig zu bleiben, dies im Hinblick auf die Flächenproduktivität wie auch die Qualität der Produkte,
2. die Grundwasserqualität in Niedersachsen nach objektiven Kriterien wissenschaftlich nachvollziehbar zu bewerten und die jetzigen ausgewiesenen „Roten Gebiete“ zu überprüfen. Sie sind nach einem fachlich anerkannten Verfahren, das die Realitäten objektiv abbildet, den wirklichen Verhältnissen anzupassen. Dabei ist eine verursacherorientierte Bewertung unter Einbeziehung des erneut stark gesunkenen Stickstoffsaldos in Niedersachsen zu berücksichtigen. Die pauschale Unterdüngung von 20 % ist aufzuheben.
3. alle verfügbaren Messstellen im Land zu nutzen, um eine klare Abbildung der tatsächlichen Nitratwerte darstellen zu können,
4. stets mit den Landwirten in einen gleichberechtigten Dialog zu treten, um die Ziele durch partnerschaftliche Kooperationen und Anreize statt durch Ordnungsrecht zu erreichen.

Begründung

Die geplanten Maßnahmen zur Nitratreduktion sind wissenschaftlich umstritten. Bestausgebildeten Landwirten werden Vorschriften gemacht, die nicht geeignet sind, den gewünschten Erfolg bringen, sondern nur die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland und insbesondere im Agrarland Niedersachsen hinsichtlich Ertrag und Qualität einschränken werden. Eine 20%ige Unterdüngung führt zu enormen Ertrags- und Qualitätseinbußen, wie das Beispiel aus Dänemark beweist. Über Jahre hinweg galten in unserem Nachbarland immer schärfere Nährstoffobergrenzen. Dies führte zu erheblichen Qualitäts- und Ertragsverlusten bei Weizen. Der dänische Weizen war als Brotweizen nicht mehr zu vermarkten, und die Erträge sanken deutlich. Als Folge musste Dänemark Brotweizen importieren, da der eigens produzierte Weizen nur noch als Futtermittel genutzt werden konnte. Dänemark hat mittlerweile die Reißleine gezogen und die Nährstoffobergrenzen wieder angehoben.

Angesichts der sehr angespannten weltpolitischen Lage ist es nicht akzeptabel, auf Produktivität in der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln zu verzichten und die Gunststandorte in Deutschland und insbesondere in Niedersachsen in der Produktion durch pauschale Reduktionsziele bei Pflanzenschutz und Düngung zu beschränken. Eine Qualitäts- und Quantitätsverschlechterung der Ernten wäre die absehbare Folge, und Importe von Brotweizen wären die logische Konsequenz. Angesichts des Ausfalls der beiden Global Player Russland und Ukraine auf dem Weltmarkt ist die Lage insbesondere für viele Schwellenländer, die bereits mit ihrem Importbudget am Ende sind, angespannt genug.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer